

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Vertriebsort: Redaktion Dresden.
Verlagsnummer 28241
Preis für Redakteure: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zubereitung durch die Post
bei täglich zweimaligen Versand monatlich 6,75 Mk., vierteljährlich 19,50 Mk.
Die 10paltige 37 mm breite Seite 2 Mk. Auf Fernbestellungen, Zusagen unter
Geld- u. Zahlungsmittel, 10paltige Seite u. Beilagen 25 Mk. Fernbestellung laut
Zahl. Unverzügliche Rückgabe gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Mariestraße 28/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Verlags-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit bewilligter Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Siphacol
zahntunlichendes,
überflüssige Zahnpaste
wirkt zuverlässig desinfizierend, reizlos, heilend, erzeugt
gesunde, weiße Zähne.

Transportable Herde
in Schmiedeeisen und Guß — Bevorzugte Fabrikate
Preiswerte und praktische Siedelungsherde
Florian Czoche's Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15

Haaräusfall
empfehlen man überall
ECHTEN HARZER GEBIRGS
BRENNESEL-SPIRITUS
MARKE XYLONAR G.E.S. GESCH.
Flasche 15,00 Mk. nur allein echt bei
Paul Schwarzlose Dresden-Schönaustr. 13

Die Zukunft des Welthandels.

Die bedenkliche Rede Lord Churchills.

Manchester, 9. Juni. In seiner Rede sagte Churchill u. a. noch folgendes: Die Vereinigten Staaten seien die größte Gläubiger-Nation, Deutschland die größte Schuldner-Nation geworden. Während Deutschland den alliierten Nationen an Reparationen Tausende von Millionen Pfund Sterling schuldet, seien die Gläubiger-Nationen infolge der internationalen Währungs- und Ausfuhrhandel sehr vermindert. Das Deutsche Reich, das bereits 350 Millionen Pfund Sterling von seinen Reparationsverpflichtungen abgezahlt habe und außer Kohle keine bedeutenden Mengen von Rohstoffen ausführen könne, sei lieberhaft tätig, um Waren zur Ausfuhr nach allen Märkten der Welt anzufertigen. Soweit diese Waren für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs verwendet werden, würden sie für den Empfänger durchaus nutzbringend sein, da einem durch den Krieg geschaffenen Mangel abgeholfen würde. Eine Einfuhr großer Mengen deutscher Waren nach England würde jedoch zweifellos einen niedrigeren Einfluss auf die englische Industrie ausüben, was den englischen Ausfuhrhandel ernstlich schädigen würde. Dies gelte auch von den Vereinigten Staaten, die durch die Währungs- und Reparationsverpflichtungen sehr behindert würden.

Das Deutsche Reich, die größte Schuldner-Nation, lasse seine unterernährte Arbeiterklasse, um Kriegsschuldensummen zu bezahlen, Hunger leiden, indem es seine fertigen Waren ausführe. Je länger dieser Prozess dauere, um so größer würde die industrielle Führerschaft Deutschlands werden auf Kosten der Lebens- und Arbeitsbedingungen der industriellen Bevölkerung Englands. Wenn es Deutschland gelingen sollte, während der nächsten 10 oder 15 Jahre seine Schuld an jedermann abzuschaffen, so würde Deutschland durch diesen Prozess jedes Marktes der Welt und die größte Ausfuhr-Nation, die man je erlebt habe, geworden sein. Die Vereinigten Staaten würden andererseits, wenn sie alles, was ihnen bezahlt werde, behalten würden, dadurch den eigenen Ausfuhrhandel zum größten Teil zerstören. Das amerikanische Volk würde infolge der Industriellen behindert und das innere Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten geschädigt werden. Einmal werde diese einfache Tatsache den großen Nationen der Welt zum Bewusstsein kommen. Dann würden sie, wenn sie dies tun, den Versuch machen, als Teil der atlantischen Operation, die für alle vorteilhaft sei, ihre gegenwärtige Schuld auf das Maß herabzusetzen, das nicht unvereinbar sei mit dem gesunden Handel mit normalen Währungs- und mit angemessenen Arbeitsbedingungen.

Am Schluß erklärte Churchill, über die gegenwärtigen Beziehungen der Mächte sprechend, es sei zwecklos, sein Vertrauen auf einen papierenen Völkerverbund zu setzen. Wenn Europa wieder ausgerichtet und verbunden werden solle, das in 20 oder 30 Jahren wieder ein fürchterlicher Krieg ausbrechen, dann gebe es seiner Ansicht nach nur ein Mittel, zwischen England, Frankreich und Deutschland müsse wahrer Frieden herrschen. (W. Z. B.)

Die Friedensresolution Porter.

Washington, 9. Juni. Heute und morgen wird im Repräsentantenhaus die Friedensresolution Porter in Beratung gezogen werden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Senat und Repräsentantenhaus über die anzunehmende Formel dauern fort. Die „Chicago Tribune“ bezeichnet es als zweifelhaft, daß die Debatte zu einer Lösung führen werde. Sie führt aus, daß in amerikanischen offiziellen Kreisen die Ansicht vorherrscht, es sei die Zeit gekommen, daß die amerikanische Regierung entweder den Friedensvertrag teilweise ratifizieren oder über einen neuen Vertrag mit Deutschland verhandeln solle, um so in einem Friedenszustand mit Deutschland zu gelangen. Amerika brande eine Unterdrückung Deutschlands.

Die Resolution Porter befaßt folgendes: Es wird vom Senat und Repräsentantenhaus beschlossen, daß der Kriegszustand, der zwischen der deutschen Reichsregierung und den Vereinigten Staaten von Amerika durch den gemeinsamen Beschluß des Kongresses am 6. April 1917 eintrat, hiermit als beendet erklärt wird. Ferner wird in der Entschließung erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich alle Rechte, Entschädigungen, Wiedergutmachungen und Vorteile vorbehalten, die ihnen durch die Waffenstillstandsbedingungen zugehen.

Vor dem Ende des Völkerverbundes?

Paris, 9. Juni. Der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune“ Henry W. L. schreibt: In den amerikanischen Kreisen Europas werde die Lebensbeziehung immer härter, daß die Vereinigten Staaten entweder einen Teil des Versailles-Vertrages ratifizieren oder über einen neuen Vertrag mit Deutschland verhandeln und dann Frieden schließen. Amerikanische Beamte in Europa glauben, daß ein Friedensschluß mit Deutschland auch eine neue Grundlage über die künftige Stellung des Völkerverbundes schaffen werde, denn es sei wahrscheinlich, daß der Völkerverbund, wenn er in seiner Gesamtheit von den Vereinigten Staaten offiziell abgelehnt werde, in seiner September-Versammlung zweifellos auseinanderbrechen werde. (W. Z. B.)

Larnowik in den Händen der Aufständischen.

Oppeln, 9. Juni. In Larnowik hatten seit Sonntag und Montag heftige Kämpfe zwischen deutschem Selbstschutz und den Aufständischen stattgefunden. Die Aufständischen hatten die Stadt von einem Panzergang aus beschoßen und in der Sonntagsnacht geplündert. Da die Waffenstillstandsverhandlungen ergebnislos verliefen, kam es zu neuen Gefechten. Am Dienstag nachmittag gelang es den überlegenen aufständischen Kräften, die Stadt einzunehmen, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab.

Der englisch-französische Notenwechsel.

Paris, 9. Juni. Im Gegenzug zu den Morgensdiäten gibt der „Temps“ in seinem Beilagenstück folgenden Vermutungen über den Inhalt der gestern hier eingetroffenen englischen Note zu der oberdeutschen Frage und der Antwort der französischen Regierung Raum: Danach teilt das auswärtige Amt mit, daß es in Berlin durch Lord Aberdeen habe wissen lassen, daß die Anwesenheit englischer Streitkräfte in Schlesien jedes Eingreifen der deutschen Regierung, das die Verhältnisse unverzüglich strengere Maßnahmen ergreifen, um dem polnischen Aufstand ein Ende zu bereiten, und daß die Anwesenheit an General Verond eine ständige Zusammenarbeit zwischen ihm und seinen englischen Kollegen überstellen. In ihrer Antwort führt die französische Antwort aus, daß sie ihrerseits nie geäußert habe, in Schlesien alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Verhütung der Ordnung beitragen könnten. (W. Z. B.)

Das ewige Hin und Her zwischen London und Paris läßt allmählich an, lächerlich zu werden. Es dient lediglich einer Verhinderung der brennenden oberdeutschen Frage. Briand bezieht sich, in jeder Note zu betonen, daß er dieselben Pläne gegen die Aufständischen verfolgte wie England, und doch bleibt, dank der unabweisbaren Neutralität Veronds, alles beim alten. Es wird Zeit, daß die deutsche Regierung nachdrücklich auf eine schnelle Durchführung der von den Franzosen geschnittenen Forderungen dringt.

Das deutsche Bedauern über den oberdeutschen Zwischenfall.

Paris, 9. Juni. Wie die Havas-Agentur berichtet, hat Vizepräsident Dr. Mayer dem Präsidenten Briand einen Besuch abgestattet und dabei den Zwischenfall besprochen, der sich am Dienstag in Oberdeutschen zwischen Truppen des Generals Dozer und einer französischen Patrouille ereignete. Der Vizepräsident habe das Bedauern seiner Regierung über den Zwischenfall ausgesprochen. (W. Z. B.)

Paris, 9. Juni. Der „Antirassismant“ erklärt ein heute vermittelt verbreitetes Gerücht, General Verond werde von seinem Posten in Oppeln abberufen werden, für unbegründet. (W. Z. B.)

Die Neuregelung des Arbeitsrechts.

Die Reichsregierung ist zurzeit mit der Schaffung eines den modernen sozialen Auffassungen und Verhältnissen angepassten Arbeitsrechtes beschäftigt, das als Hauptstücke das Tarifvertragsrecht, die Schlichtung sozialer Streitigkeiten, die Arbeitsgerichte, die an die Stelle der jetzigen Gewerbe-gerichte treten sollen, und die Berufsvereine (Gewerkschaften) umfaßt. Ueber die beiden letztgenannten Materien sind die Entwürfe bereits fertiggestellt und werden demnächst dem Reichstag vorgelegt werden. Der Tarifvertrag als die Erscheinungsform des kollektiven Arbeitsvertrages, um den die Gewerkschaften mit den Unternehmern vor dem Kriege keine Kämpfe geführt haben, ist zum ersten Male in der im November 1918 geschlossenen Arbeitsgemeinschaft zwischen den führenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer anerkannt worden, hat aber bisher noch keinen festen gesetzlichen Boden erhalten, da sich die gesetzlichen Maßnahmen in den Vorschriften über die Verbindlichkeits-erklärungen, die Geschäftsführung und die Zukünftigkeit der Schlichtungsausschüsse erschöpfen, während alle übrigen, zum Teil recht verwickelten Fragen, die mit dem Tarifvertrage zusammenhängen, der Regelung nach dem allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes überlassen blieben. Der jetzt vorliegende Entwurf soll nun diesem Mangel abhelfen und ein eigenes Reichsarbeitsvertragsrecht schaffen. Der Tarifvertrag wird definiert als „ein Vertrag zwischen Arbeitgeber und ihren tariffähigen Vereinigungen auf der einen und tariffähigen Vereinigungen von Arbeitnehmern auf der anderen Seite zur Regelung des Arbeitsverhältnisses“. Der Tarifvertrag erhält den Charakter des zwingenden besondere Bestimmungen ungeschilft sind, und als seine Wirkung sich auch auf solche Arbeitnehmer erstreckt, die entweder überhaupt nicht oder nicht in einem tariffähigen Verbande organisiert sind, falls alle in dem räumlichen und sachlichen Wirkungsbereich des Tarifvertrages bestehenden tariffähigen Arbeitnehmerorganisationen als Kontrahenten mitgewirkt haben. Die Verbindlichkeitsklärung auf Antrag der unmittelbar beteiligten Verbände bleibt bestehen und hat zur Folge, daß sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer des ganzen Gewerbes an den Tarifvertrag gebunden werden. Die Haftungsfrage erledigt der Entwurf dahin, daß einem Tarifschlichtungsgericht die Befugnis zur Verhängung von Bußen verliehen wird, deren Höchstbetrag auf 500 000 Mk. festgesetzt ist. Demnach können die Gewerkschaften, falls die Vorlage mit dieser Bestimmung Gesetzkraft erhält, fortan wegen Tarifvertragsbruches ebenso belangt werden, wie die Arbeitgeber und deren Organisationen. Es ist allerdings zu erwarten, daß man von gewerkschaftlicher Seite mit aller Macht gegen die Haftungs-vorrichtungen Sturm laufen wird, und es kommt daher alles darauf an, ob die Regierung in diesem Punkte fest bleiben wird. Ohne eine befriedigende Lösung dieser grundlegenden Frage würde die gesetzliche Regelung des Tarifvertragswesens immer nur eine Halbwelt bleiben. Man darf sich aber keinen Illusionen darüber hingeben, daß die Regierung um der Haftungsfrage willen mit den Gewerkschaften einen Kampf bis zum bitteren Ende führen werde; hat sie doch schon bei der Feststellung des Begriffes der Tariffähigkeit ein Entgegenkommen gegen die gewerkschaftlichen Forderungen gezeigt, das weit über das für einen unparteiischen Gesetzgeber zulässige Maß hinausgeht, indem sie in der Vorlage nur solche Arbeitnehmerorganisationen als tariffähig anerkennt, welche die Interessen ihrer Mitglieder selbständig und unabhängig wahrnehmen“. Diese Klausel richtet sich gegen die sogenannten „gelben“, wirtschaftsfreudlichen Vereinigungen, die somit offiziell kraft Gesetzes in Acht und Bann getan werden. Das ist ein Verfahren, das man vom Standpunkt einer höheren gesellschaftlichen Auffassung aus geradezu als unerhörte Bezeichnung der sozialen Lebenspflichtgemäß die gleiche Gerechtigkeit und unantastbare Unabhängigkeit zu betätigen. Es ist klar, daß diese Schlichterseite des Entwurfes von bürgerlicher Seite den schärfsten Angriffen ausgesetzt sein wird.

Der Zweck der Schlichtungsordnung besteht darin, durch ein geordnetes Schlichtungsverfahren eine Sicherung gegen willkürliche Störungen des Wirtschaftslebens zu schaffen und das Arbeitsverhältnis auf eine stabile Grundlage zu stellen. In erster Linie kommen die auf freiwilliger Vereinbarung beruhenden Schlichtungsstellen in Betracht. Daneben aber soll den Parteien die Möglichkeit eröffnet werden, sich nach Befinden auch amtlicher Schlichtungsstellen bedienen, und als solche sind örtliche Einigungsämter, Landeseinigungsämter und ein Reichseinigungsamt mit Revisionsinstanzen, Senatspräsidenten, Direktoren und einem Präsidenten als oberster Instanz vorgesehen. Diesen schwerfälligen, bürokratischen Mechanismus hätte man stattdessen beseitigen lassen und sich mit den freiwilligen Schlichtungsstellen begnügen können, unter Auferlegung der Verpflichtung für die beteiligten Parteien, auf jeden Fall solche Stellen zu schaffen, soweit sie noch nicht vorhanden sind. Es handelt sich bei dem der Jugendlichkeit der Schlichtungsstellen

Italienische Drohung gegen die Beschlezung der Stadt Ratibor.

Ratibor, 9. Juni. Der Magistrat der Stadt Ratibor, landte an die Interalliierte Kommission ein Telegramm, worin er fordert, daß der dauernden Beschlezung Ratibors durch die polnischen Besätze sofort Einhalt geboten werde. In der gestrigen Sitzung des Zivilrechtsausschusses zu Oberschlesien versprachen nach dem Hinweis des Vorsitzenden, Barrer Ulfsta, Generalleutnant Hler und der anwesende Oberst Salvioni, bei der Interalliierten Kommission vorzulegen zu werden, daß dem ungeschicklichen Treiben der polnischen Insurgenten ein- schließlich entgegengetreten werde. Wie der italienische Kreis-Inspektur Major Jorica mitteilte, hat Oberleutnant Vigilio, der Kommandant der italienischen Truppen Ratibor, den Insurgenten durch Parlamentäre mitgeteilt, daß, falls die Stadt Ratibor weiter von polnischer Artillerie beschossen werde, die italienische Artillerie die polnischen Stellungen in Hohenbirken-Pudow-Syrtz und anderen Orten vor Ratibor ebenfalls unter Feuer nehmen werde. Die Insurgenten haben darauf das Versprechen, Ratibor nicht mehr mit Artillerie zu beschlezen. (W. Z. B.)

Eine schlimme Nacht in Ratibor.

Ratibor, 7. Juni. (Verspätet eingetroffen.) Die letzte Nacht gehörte zu den schlimmsten, die Ratibor seit dem Ausbruch des Aufstandes erlebt hat. Nach der Isolierung wurden während der Nacht aus dem Belagerungs-riegel etwa 8000 Schuß aus Gewehren und Maschinengewehren abgegeben. Unter Maschinengewehrfire lag auch die Volkstraße, ferner die Emma- und die Demmelstraße. Der Sachschaden ist beträchtlich. Man erwartet, daß die Engländer heute oder morgen in Ratibor eintreffen. Die Kämpfe im Cofeler Dafen, bei Ulfst und Stawentz sollen sehr erbittert gewesen sein. (W. Z. B.)

Räumung des Kreises Rosenberg.

Oppeln, 9. Juni. Amlich wird gemeldet: Der Kreis Rosenberg ist von den polnischen Banden zum Teil geräumt worden. Die Ortschaften Golewin, Kronstau, Gostelitz, Schönwald, Wischdorf, Droschau und Jastrowitz sind frei von Insurgenten. Bei Jembowitz wurden durch polnische Angriffe gestern Kämpfe hervorgerufen, die auch heute noch andauern. Amalienhof, Reudorf und Pruska wurden durch polnische Artillerie beschossen. Im Kreise Ratibor wird Niedane von polnischer Artillerie beschossen. Ein von Luckasno vorhobender polnischer Panzergang konnte außer Gefecht gesetzt werden. (W. Z. B.)

Der Kriegsprozess Rambold.

Der belgische Händler Franz de Landt, der in Weert...

Vertliches und Sächsisches.

Ein Dresdner Korrespondent schreibt: „Zu den vielen...“

Aus den Landtagsausschüssen.

Das Gesetz über die Besetzung der Gemeindebeamten... Zur Gemeindefürsorge...

Bewissenhaftigkeit das immer wachsende Rechnungswert... Bei der Sparkasse der Stadt Dresden...

Oberrichtersekretär Dirr. Berlin war Feldpolizei... Kommerzienrat Robert Schwarz...

Kunst und Wissenschaft.

Dresdner Theater-Spielplan für heute... Dresden Theater...

Der Kölner Männergesangsverein hat dem Berliner Verein... Ein ukrainisches Drama...

Neue Bücher und Zeitschriften.

Neuers kleiner Handatlas in 40 Bänden... Die Hebraeische Bibel...

Vertilches und Sächsisches.

Sächsischer Fleischartag.

In Otschitz wurde am Dienstag der 40. Bezirksstag des Bezirksvereins Sachsen im Deutschen Metzlerverbande abgehalten. Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden Dreßler-Freilberg eröffnet. Am Vorstandssitzung hatten Oberregierungsrat v. Gebe vom sächsischen Wirtschaftsministerium, Amtshauptmann Dr. Kogel v. Frommannshausen, Bürgermeister Dr. Stiehlitz, Dr. Buchholz vom Landesfischereiamt und Obermeister Haacke als Vertreter der Gewerbetreibenden Platz genommen, vom Vorsitzenden heralich begrüßt. Oberregierungsrat v. Gebe legte dar, daß die Zwangswirtschaft einfl notwendig war. Sie sei nun gefallen. Auch die Verordnung vom 10. September 1920, welche den Übergang zur freien Wirtschaft regeln und erleichtern sollte, werde demnächst gänzlich oder teilweise aufgehoben werden. Durch intensive Arbeit möge das Fleisbergewerbe seinen Anteil am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens beitragen und dazu auch die gegenwärtige Tagung mithelfen. Bürgermeister Dr. Stiehlitz hieß die Metzler im Namen der Stadt Otschitz herzlich willkommen. Dr. Buchholz sprach über die Beziehungen zur Landwirtschaft und wies darauf hin, daß diese mit dem Fleisbergewerbe einig sei in dem Bestreben, auch die letzten Resten der Zwangswirtschaft abzutreiben. Herr Haacke sprach die Wünsche der Gewerbetreibenden aus und Schlachthofdirektor Arnold verbreitete sich über die Notwendigkeit des Handhabens von Schlachthofdirektion und Fleischern. Der Vorsitzende erbat hierauf den Jahresbericht. Der größte Erfolg der Organisation sei die Beseitigung der Zwangswirtschaft gewesen. Aber auch mit den Richtpreisen könne er sich nicht befremden. Kanonam gleiche die Entwicklung wieder in die alten Bahnen hinein. Festhalten sei aber an der Ablehnung der Rabattgewährung, und die Auswüchse der Kundenbedienungen müßten auch weiterhin scharf bekämpft werden. Der Bezirksverein zähle jetzt 130 freie, 2 Zwangs- und 9 gemischte Innungen mit etwa 4800 Mitgliedern. In der Aussprache wurde der Beitritt zur Pensionskasse warm empfohlen. Ebenso war man gewillt, die Fleischer-Hochschule in Leipzig wieder aufleben zu lassen und dazu die Unterstützung des Verbandes anzurufen. Bezüglich der Schlachthofverträge, welche eine Beteiligung der Schlachthofverträge, wurde vom Syndikus Weber mitgeteilt, daß sie dem Rechtsausschuß des Landtages vorliegt. Man will im Sinne ihrer Erzielung vorstellig werden.

Eine gewisse Erregung machte sich hinsichtlich der Sonderlieferung der Bergarbeiter geltend. Die Metzler seien in der Lage, die Lieferung zu leisten, und zwar besser und billiger, als die damit beauftragten Großbetriebe. Man müsse aber überhaupt die Forderung stellen, daß die Sonderlieferung, die eine ungenügende Versorgung der Bergarbeiter darstelle, wegfalle. — Einen breiten Raum nahm in der Aussprache die Verhinderung der Verhinderung der Verhinderung ein. Der Lehrlingszweck solle man nicht das Wort reden, möchte aber mehr zehren. Jedem Betriebe bis zu einem gewissen Maße ein Lehrling, bei mehreren Gehilfen die Höchstzahl zwei zuzurechnen werden. — In der Tariffrage hielten man sich nach dem Berichte des „Sächsischer Gemein“, auf den Standpunkt, den Abschluß eines Vertrages abzulehnen, wiewohl je ein Vertreter des Deutschen Fleischer-Gewerksbundes und des Zentralverbandes bemüht waren, den Bezirksverein zum Abschluß eines Bandestarifvertrages zu bewegen. Man machte daneben geltend, daß die Verhältnisse in den einzelnen Innungen zu verschieden seien, auch wäre es rechtlich sehr zweifelhaft, ob der Bezirksverein in der Lage sein würde, einen von ihm abgeschlossenen Vertrag für die Innungen verbindlich zu erklären. — Nach eingehender Erläuterung der beabsichtigten Renovierung des Handwerks vom Seiten des Syndikus legte der Vorsitzende die Vor- und Nachteile der Pflichtorganisation dar. Die staatliche Schlachthofversicherung wurde abgelehnt.

Der Allgemeine Mietbewohnerverein veranlaßte am Dienstag im Schützenhaus eine Versammlung, in der der Vorsitzende des Bundes deutscher Mietervereine Herrmann über das Reichsmietengesetz mit besonderer Berücksichtigung der Dresdner Mietpreisbildung sprach. Er erwähnte u. a., daß der Bund deutscher Mietervereine einen Gesetzentwurf ausgearbeitet und mit einer Denkschrift bei den zuständigen Stellen eingereicht habe. Das Reichsmietengesetz solle der erste Weg zur Verbesserung des deutschen Wohnungswesens sein. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Zum Schluß sprach der Redner noch über die Stellungnahme der Mieter zur Mietpreisbegrenzung. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschließung gefaßt:

„Die am 7. Juni im Schützenhaus versammelten Mieter nehmen mit Entrüstung von dem Steigerungssatz des Dresdner Hausbesitzervereins Kenntnis. Die Mieterenschaft lehnt es unbedingt ab, sich den Steigerungssätzen dieses Vereins zu fügen. Sie fordert das Dresdener Mietpreisgremium auf, nur einwandfrei nachgewiesenen Steigerungen zuzustimmen. Die Versammlung erwartet dabei, daß das Mietpreisgremium seinem vom Gesetzgeber aufgegebenen Zweck entspricht. Die Versammlung stellt sich bei notwendig werdenden Kampfmaßnahmen einmütig hinter den Vorstand des Allgemeinen Mietbewohnervereins.“

Wochenwohle der Volksgemeinde. Wohl, nun kann der Gutz beginnen, so doch wohl ein jeder, der am Sonntagabend spät von den Verantwortlichen in der „Concordia“ beheimlicht. Bezüglich der die unerwarteten finanziellen Erfolge dank der allseitigen Witterung einen guten Ausgang der schon viel besprochenen Wochenwohle. Am Dienstag folgte dem ersten Streich auch der zweite als „Glaube und Heimat“ die Traubler eines Volkes in drei Akten von H. Schönherr, wurde vom Dramatischen Volkstheaterverein Geleitete Dresden-Cotta mit seltener Vorstadtsucht den zahlreichen Teilnehmer auf der Bühne der „Concordia“ vor Augen geführt. Die trefflichen einleitenden Worte Pastor Krödel haben schon im voraus einen klaren Einblick und einen erhellenden Ausblick der ersten Handlung. Alle Darsteller haben mit seltener Liebe ihr Bestes. Sie mögen die Bewusstheit hinnehmen, daß Glaube und Heimat ein Sonntagswort sein wird für alle die Getreuen, die des deutschen Volkes Wiederaufstieg erleben und erhoffen.

Ein Denkmal der 107er. In Füssen des Völkerschlachtfelds auf dem Südfriedhof in Leipzig soll ein gemeinliches Ehrenmal für die gefallenen Soldaten der drei Regimenter L. N. 107 und M. G. A. 8. Reg. 107 und Landwehr 107 errichtet werden. In ihm sollen die Taten der 107er und der Dank der Ueberlebenden dauernden Ausdruck finden und kommenden Geschlechtern ein Wahrzeichen deutscher Heldengröße sein. Es eracht der Ruf an Angehörige, Freunde und Gönner der Regimenter, mitzuhelfen, die sehr erheblichen Mittel für die Errichtung des Denkmals in würdiger Gestalt und Umrahmung aufzubringen. Die kleinste Spende ist willkommen. Man sende sie an: Postfachkonto Leipzig Nr. 68 725, Denkmalstiftung 107.

Eine Protestkundgebung, veranstaltet vom Ortsausschuß Dresden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, hatte am Donnerstag nachmittags infolge des vor Beginn aufgetretenen Gewitters nicht den erwarteten Verlauf. Nur knapp tausend Personen mochten sich auf dem Schützenplatz um zwei Tribünen versammelt haben. Im Namen der Veranstalter sprachen zunächst Gewerkschaftler Tempel vom Ortsausschuß Dresden und der Vorsitzende des A. D. G. B. v. Gebe über die oberstelethische Frage, um einen scharfen Trennungsschnitt zwischen der Arbeiterkraft und den der Drogas nachstehenden Kreisen zu ziehen. Von den Rednern wurde gefordert, daß die Reichsregierung kühnste Mittel und Wege finde, der Drogas ein Ende zu bereiten. Nach den genannten Rednern sprachen das Vorstandsmittglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-

Die Staatshochschule für Musik im Landtag.

M. Sigmund.

Dresden, den 9. Juni 1921.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen als erster Punkt mehrere

kurze Anfragen.

Abg. Schmidt-Planck (D. Sp.) richtet folgende Anfrage an die Regierung:

„Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die staatlichen Anstalten sich bei Eindeckung ihres Bedarfs der Reichsverschleißämter bedienen. In die Regierung bewußt, daß durch diese Maßnahme die bisherigen Lieferanten im besonderen, der berufliche Handel im allgemeinen schwer geschädigt wird und was gedenkt sie zu tun, um diese Schäden abzumildern?“

Minister des Innern Spindler

teilt mit, daß bei der ersten Eindeckung des Staates das Bestreben bestehe, die Einkaufspreise für die Landesanstalten herabzumindern. Die Regierung sei bei der Zentralbeschaffung der Lebensmittel einer Anordnung des Reichsverschleißamtes gefolgt. Es handele sich nur um einen Versuch bis September d. J. Ob die neue Bedarfsdeckung aufrecht erhalten werde, könne erst nach Ablauf der Versuchszeit entschieden werden. Bei dieser Entscheidung werde das Ministerium darauf bedacht sein, die Interessen der Allgemeinheit zu wahren.

Der H. S. P. Mann als Leiter der Berufsberatung.

Abg. Dr. Süßmann (D. Sp.) fragt die Regierung: Welche Schritte hat das Arbeitsministerium getan, zum Leiter der staatlichen Berufsberatung eine Stelle anstatt eines notenwirtschaftlich vorgebildeten, praktisch erfahrenen und auch sonst in jeder Hinsicht geeigneten Bewerbers einen Angehörigen der H. S. P. aus Berlin zu berufen, der nach dem, was über seine Person bekannt geworden ist, den an den Bewerber jenes Amtes zu stellenden Anforderungen nicht genügt, der insbesondere nicht einmal die deutsche Rechtschreibung beherrscht? Welche Gründe waren maßgebend, den Regierungsrat Reichgeleit, der an dieser Beratung Kritik geübt hat, seines Amtes zu entheben und an seiner Stelle den bisherigen Leiter der 2. Abteilung des Landespreisesamt Pätzsch, ein Mitglied der S. P. T. zu berufen?“

Arbeitsminister Rödel

teilt bei großer Härte des Tones eine längere Erklärung ab, die auf der Pressefront zum Teil unverständlich bleibt. Am Abend ab zur Praxis der bürgerlichen Minister des Arbeitsministeriums habe beim Arbeitsministerium die parteipolitische Stellung eines Bewerbers keinen entscheidenden Einfluß (Wahlprüfer rechts). Herr Reich sei aus Berlin berufen worden, weil er die volkswirtschaftlichen Kenntnisse besitze, die die Ausübung des Amtes erforderten. Seine Persönlichkeit bürgerlicher und sozialistischer Ansichten hindere ihm zur Seite. Der Minister verleihe ein Urteil des Direktors des Berufsamt der Stadt Berlin, nach dem Reich organisatorische Fähigkeiten besitze und imstande sei, sich rednerisch zu betätigen; danach wohl in der Lage sei, die Berufsberatung für Sachsen zu leiten. Wehnlich laute das Urteil des Direktors des Brandenburgischen Landesamtes, Herr Reich sei zuletzt in der Berufsberatung eine für seine Anwartschaft befähigt gewesen. (Wahlprüfer.) Die deutsche Rechtschreibung beherrschende Herr Reich nicht weniger als die Beamten im allgemeinen. (Stürmische Wehrer rechts.) Das beweisen sein Bewerbungsreiben, sein Lebenslauf, seine Mitarbeit an wissenschaftlichen Fachschriften. Die gegenständlichen Reporten her, die mit allen Mitteln, auch mit unehrlichen, versuchen, einen materiellen Gewinn zu erzielen. Regierungsrat Reichgeleit sei seines Amtes nicht entbunden worden, sondern werde nach wie vor bis auf weiteres im Arbeitsministerium als Hilfsarbeiter beschäftigt. Seine Abberufung aus dem bisherigen Amte sei notwendig geworden aus sachlichen Gründen und zum Zweck der Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit. Direktor Pätzsch sei berufen worden als eine Person, die eine Weiterentwicklung des Amtes gewährleisten könne. (Bravo links.)

Auf die Ergänzungsfrage des Abg. Dr. Süßmann (D. Sp.), welcher Art diese sachlichen Gründe gewesen seien, antwortet der Minister, daß die Organisation des Amtes nicht den Anforderungen entspreche, die man an ein solches zu stellen habe. Auf die persönlichen Gründe wolle er im Interesse des Beteiligten nicht eingehen.

Von dem Abg. Dr. Seiwert (Dem.) folgt folgende Anfrage vor:

„Dem Reichsausschuß hat in nächster Zeit eine Beratung des Reichsverschleißamtes statt, in der u. a. die Fragen der Preisbildung der Aufsätze, und der deutsche Oberstufe behandelt werden. Welche Stellung gedenkt die Regierung bei dieser Gelegenheit zu den bezeichneten Fragen einzunehmen?“

Ministerialdirektor Michel teilt mit, daß die Frage der Lehrerbildung nicht auf der Tagesordnung der erwähnten Ausschusssitzung stehe. Das Kultusministerium werde Protest gegen eine Vertagung der Lehrerbildungsfrage einlegen. Ferner sei beabsichtigt, den die Oberstufe betreffenden Punkt der Tagesordnung nicht zu verhandeln.

bundes Kroll-Berlin und Landtagsabgeordneter E. H. Bredau, welche im besonderen die Verhältnisse in Oberschlesien betrafen und das große Interesse hervorhoben, daß die deutsche Arbeiterkraft an der Erhaltung Oberschlesiens aus wirtschaftlichen und politischen Gründen haben müsse. Zuletzt wurde von den Versammelten eine längere Entschließung angenommen, in welcher eine gerechtere Pflanz der oberstelethischen Frage gefordert wird. Stärkter Protest wurde gegen das Weiterbestehen der Drogas erhoben, wodurch das wirtschaftliche und das kulturelle Leben Deutschlands gefährdet werde. — Außerprogrammatisch befragte der kommunistische Landtagsabgeordnete Krenner einen Wagen und hielt vor einem kleinen Jubelsturm eine längere Rede, die sich in den bekannten Wehankengängen seiner Partei bewegte.

Arnshorst. In einer erhebenden Feier gestaltete sich am Sonntag die Einsegnung von 4 Schwämmern des Staatlichen Schwammhauses in hiesiger Anstaltskirche. Pastor Goh, der zugleich in Vertretung des erkrankten Pastors Wehmetz Reumann den Schwammernamt vorsteht, vollzog die Einsegnung. An der musikalischen Ausgestaltung der Feier in der Kirche und auch der Nachfeier im Festsaal der Landesanstalt waren außer dem Anstaltskirchenchor unter Leitung des Anstaltslehrers Schroder die beiden Dresdner Konzerttänzerinnen Fr. Lotte Rödel und Fr. Hildegard Schneider beteiligt. Ein Vortrag des Konfessionärs Walter aus Moskau, legten Pastors in Heidenau bei Dresden, über seine Erlebnisse während des Weltkrieges in Russland, stand im Mittelpunkt dieser Nachfeier.

Frankenbergs. Das Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 102 begann am 4. und 5. Juni hier seinen ersten Regimentstag. Aus allen Teilen Sachsens waren die ehemaligen Landwehrleute zu Hunderten herbeigeeilt. Sonnabend, 4. Juni, fand im „Rog“ ein gefälliges Zusammenkommen statt. Namens der ehemaligen Offiziere sprach Hauptmann Rabe. Dankvorkund Rauts (Adjut. 1./102) trug die von ihm zusammengestellte Regimentsgeschichte vor. Honorarist Paul Dulzsch-Dresden (10./102) würzte den Abend mit seinen Vorträgen. Am Sonntag wurde nach eröfneten der Wanderung durch herrliche Wälder im Cörenhain am Frankenberg Kriegerdenkmal eine Gedächtnisfeier für die Toten des Regiments abgehalten.

Leitfisch. Der Antifer Büchse wurde aus einer schweren Kopsfunde blutend aufgefunden. Zwei unbekannte Männer hatten ihn unter irgend einem Vorwand vom Wege abgelenkt und ihn dann niedergelegt, um sich der Pferde zu bemächtigen. Der Schwermundete wurde nach Rosenthal geschafft, wo seine Ueberführung ins Spital nach Mühlstein erfolgte. Die Pferde wurden in Rosenthal eingestrichelt und der eine inswischen festgenommene Bestreber der sächsischen Gendarmerie übergeben.

Das Kultusministerium werde sich für die Einhaltung der Tagesordnung einsetzen. Die Länder verlangten Klarheit darüber, ob mit dem Abbau der Seminare begonnen werden könne oder nicht.

Ohne Aussprache werden die Vorlagen über den Staatsrechnungshof, das Staatswirtschaftsgericht und über dringende Anforderungen des Staatshaushalts 1921 dem Rechtsausschuß zur Beratung überwiesen. Dann beschließt der Landtag die

Einziehung eines Untersuchungsausschusses.

um die Verhältnisse in der Landesblindenanstalt Chemnitz-Liendorf, gegen die in der Sitzung des Landtages vom 12. April 1921 Vorwürfe erhoben worden sind, zu untersuchen. In dieser Sitzung werden gewählt die Abgeordneten Müller, Franz und Frau Wagner (Soz.), Dr. Seiwert (Dem.), Seiwert und Krahnert (Unabh.), Veitold und Sander (D. Nat.), Grana (Komm.), Dr. Süßmann und Dr. Herrmann (D. Volksp.).

Unterstützung der Konservatorien in Dresden und Leipzig und Errichtung einer Staatshochschule für Musik.

Am Auftrage des Prüfungsausschusses erhaltet Abg. Meute (Unabh.) einen längeren Bericht. Zu dem vorliegenden Antrage werden von dem Abg. Arzt und Barthel Änderungen vorgeschlagen, nach denen der Antrag wie folgt lautet:

„Der Landtag wolle beschließen, die auf die Unterstützung und Verhaftung der Konservatorien in Dresden und Leipzig bezüglichen Eingaben der Regierung insoweit zur Berücksichtigung zu überweisen, als eine finanzielle Unterstützung in Frage kommt. Hierbei ist von der Regierung zu beachten, daß eine Unterstützung nur gewährt wird, um die genannten Institute zu erhalten, und nicht, um Gewinne für ein Privatunternehmen zu erzielen, ferner gegenüber dem Plane einer Staatshochschule für Musik und lebende Künste sich nicht grundsätzlich ablehnend zu verhalten. Falls die Regierung beabsichtigt, den Plan in irgendeiner Form zu verwirklichen, ist dem Landtag eine entsprechende Vorlage zu machen.“

Die Abg. Frau Wittner (Soz.) wünscht namens ihrer Fraktion, daß die Konservatorien in Leipzig und Dresden fähig bleiben, ihre Schüler gut auszubilden und ihre Lehrer angemessen zu bezahlen. Durch die Zuschüsse sollten die Privatbezüge keine Gewinne erzielen, sonst könnten auch andere Musikschulen kommen. Den Plan der Errichtung einer Staatshochschule für Musik und lebende Künste lehne ihre Partei nicht grundsätzlich ab. Trotzdem unsere Zeit schwer belastet sei, so müsse man doch anerkennen, daß sich hier etwas innerlich Neues herausarbeite.

Die Abg. Fr. Dr. Hertwig (D. Sp.) erklärt, der Standpunkt des Prüfungsausschusses, die Eingaben der Konservatorien zu Dresden und Leipzig der Regierung zur Erwägung zu überweisen, mit der Einschränkung, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Finanzlage des Staates die Unterstützungen nicht in der geforderten Höhe gewährt werden, sei auch der ihrer Partei. Diese habe volles Verständnis für die Notlage der Konservatorien in Dresden und Leipzig. Beide hätten um das Musikleben Deutschlands große Verdienste. Die Errichtung der Staatshochschule würde einen großen Gewinn für das deutsche Musikleben bedeuten. Da wir aber nicht in der Lage seien, der drückenden sozialen Not abzuliefern, könne der Landtag nicht die Verantwortung auf sich nehmen, der Errichtung zuzustimmen.

Abg. Veitold (D. N.) verbreitet sich zunächst über Kunstfragen im allgemeinen. Wir seien auf geistigen Gebieten nicht mehr auf den richtigen Bahnen. Seine Fraktion sei im Prinzip nicht gegen die Musikhochschule, aber bei den beschränkten Mitteln könne man etwas Ähnliches dadurch erreichen, daß man den beiden Konservatorien namhafte Beihilfen zuteil werden lasse. Vor Experimentieren müsse warnen werden. Er stimme dem Ausschussantrage zu.

Die Abg. Frau Salinger (Dem.) würde der Staatshochschule zustimmen, wenn der Finanzminister erklärte, daß wir es tun könnten.

Abg. Grelmann (D. N.): Auch seine Fraktion sei vollkommen der Ueberzeugung, daß die Staatshochschule sehr nützlich wirken könne. Sie würde die Rückkehr von der Ueberkultur zu mehr Kultur verwirklichen helfen. Wenigstens sei man aber nicht in der Lage, den Plan auszuführen.

Abg. Börner (D. N.) betont, daß das Konservatorium in Leipzig einen außergewöhnlichen Ruf geniesse.

Gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien wird der sozialdemokratische Antrag Arzt-Barthel angenommen.

Nächste Sitzung: Heute Freitag, vorm. 9 Uhr. Tagesordnung: Änderung im Polizeimein.

Leder oder Gummi?

Tragen Sie versuchsweise einen Leder- und einen Continental-Gummi-Absatz. Sie werden finden, daß letztere jeden Schritt wohlwiegend beeinflußt, eine erheblich längere Lebensdauer hat und sich daher im Gebrauch billiger stellt. Tragen Sie deshalb

Continental Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Herren-Wäsche

Reiche Auswahl in preiswerten Oberhemden, weiß und farblich, Kragen: Nachthemden: Schilanzüge: Krawatten: Maßanfertigung in eigenen Werkstätten

Leinenhaus Wallstraße 6

R. Hecht

Meine Schaufenster-Auslagen zeigen stets besonders vorzügliche Tages-Angebote

Gallensteine

beseitigt ohne Operation mit einlässiger Berührung „Gallensteine“, Depot: Marien-Apothek., Rat und Kur-Anweisung vorher kostenlos durch: G. H. Evers, Dresden, Lindenaustraße 6, 1.

Bermischtes.

**** Kiel-Korridor.** Nach siebenjähriger Pause ist in diesen Tagen die zuerst einzige Nachverbindung zwischen Deutschland und Dänemark durch Wiederaufnahme des Trajekt-Verkehrs Kiel-Korridor geschaffen worden. Ein altes Feindes des Kieler Verkehrs ist damit zu neuem Leben erstanden, denn in Vorkriegszeiten war die Linie Kiel-Korridor das wichtigste Bindeglied Deutschlands mit dem hohen Norden. Die erste Abfahrt erfolgte mit dem Dampfer „Prinz Sigismund“, der dabei über die Toppas gefahren ist. Nur dadurch, daß der Dampfer nicht auch in der Zeit der Hochwasserperiode verfaulend stehen, konnte der Transit-Verkehr wieder aufgenommen werden, und es ist bezeichnend für den deutschen Wagemut, daß die Verkehrsverbindung früher wieder aufgenommen werden konnte, als die, welche die dänischen Staatsbahnen im Frieden auf der gleichen Strecke unterhielten. Die Fahrten werden unter der alten deutschen Flagge Schwarz-Weißrot geführt und die Abfahrt erfolgte unter großen Kundgebungen der Kieler Bevölkerung, die dabei das Deutschland Lied anstimmte. Wie telegraphisch gemeldet wird, erfolgte die Abfahrt des Dampfers in Kiel am Morgen pünktlich um 10 Uhr von Kiel, wo er vom deutschen Kapitän in Empfang genommen wurde. Dem 73-jährigen Kapitän des Schiffes wurde nach der Abfahrt ein Blumenkranz mit schwarz-weiß-roten Bändern überreicht. Der Anblick an den nach Stepenhagen nehmenden Krümmung wurde bequemer erreicht, so daß damit die direkte Verbindung Berlin-Kiel-Korridor-Kopenhagen wieder hergestellt erscheint. Die dänischen Mäler begrüßen die Wiederaufnahme des so lange unterbrochenen Verkehrs durch ein deutsches Schiff in sympathischer Weise.

**** Brand im Ungarn.** Das Dorf Zent im Unter-Ungarn ist heute in Flammen. Infolge Wassermangels gehalten sich die Löscharbeiten außerordentlich schwierig.

**** Schach mit lebenden Figuren.** Der Arbeiter Schach von Groß-Damburg veranstaltete kürzlich im Rahmen seiner Sportwoche ein Schachfest mit lebenden Figuren. Auf einem Tische waren die Quadrate des Brettes durch zwei Meter große braune Platten markiert. Die Personen, die die Figuren der einen Partei darstellten, waren in einem mit Silber gefüllten, die Darsteller der Gegenseite in Rot und Gold. Die Partie wurde von beiden Seiten aus von zwei Damburger Meisterkämpfern geführt. Die Besucher in ihrer originellen Aufmachung ein glänzendes Schauspiel. Die Zuschauermenge wurde auf nebenhundert Personen geschätzt.

**** Die Schreibmaschine im D-Jug.** Der Verband reisender Kaufleute (Veipag) war vor dem Kriege in Eingaben an den preussischen Eisenbahnminister dafür eingetreten, in den D-Jug-Bahnen Gelegenheit zur Aufstellung von Schreibmaschinen zu schaffen, damit es den Kaufleuten möglich ist, während langer Reisen die Zeit auszunutzen und ihre geschäftlichen Angelegenheiten erledigen zu können. Der Minister war damals nicht geneigt, auf die Anregungen des Verbandes einzugehen. Neuerdings scheint man aber auf diese Vorschläge zurückkommen zu wollen. Wie die Handelskammer in Köln berichtet, hat die Eisenbahndirektion Köln sie um Aufhebung gebeten, ob es vom Standpunkt des Handelsverkehrs aus erwünscht sei, bei der Neuaufrüstung von D-Jug-Bahnen auf die Einrichtung von Halbbahnen erster Klasse Bedacht zu nehmen. Die Halbbahnen sollen an den freien Wänden mit Klappstühlen zum Aufstellen von Schreibmaschinen versehen werden, damit den Reisenden Gelegenheit gegeben ist, während der Fahrt unbeschäftigt zu arbeiten. Die Handelskammer hat der Eisenbahndirektion mitgeteilt, daß Handel und Industrie diese geplante Neueinrichtung sehr begrüßen. Es wurde darauf hin gewiesen, daß die derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse viele Industrielle und Handeltreibende zwingen, zur Teilnahme an Besprechungen und Sitzungen weite Fahrten mit der Eisenbahn zu machen. Auf diese Weise geht aber viel Zeit, die zur Erledigung wichtiger Korrespondenzen in geschäftlichen Angelegenheiten nötig ist, verloren. Die Eisenbahnverwaltung wird sich dadurch, daß sie den Reisenden Gelegenheit gibt, unbeschäftigt zu arbeiten, zweifellos ein Verdienst um die Förderung von Handel und Industrie erwerben. Die Handelskammer begrüßt daher die Absicht der Eisenbahn und hofft, daß die geplanten Neuerungen auch bald zur Durchführung gelangen. — Wenn die Eisenbahnverwaltung jetzt die Aufstellung von Schreibmaschinen erwünscht will, für die sie früher nichts übrig hatte, so geschieht es wohl mit aus finanziellen Gründen; denn die Schreibmaschinen sollen nur in der ersten Klasse aufgestellt werden können, und es wird das ganze Abteil bezahlt werden müssen, da es anderen Fahrgästen nicht zugemutet werden kann, sich stundenlang die Füße vollklappen zu lassen. Die Schreibmaschinen-Abteile können unter Umständen den finanziellen Ertrag der Eisenbahnen erhöhen, vorausgesetzt, daß sie in größerem Umfang benutzt werden.

**** Baron und Großkaufmann.** In eine Berliner Kommode fand ein Mann Eingang, der sich Baron von Kobach nannte und den Eindruck eines vornehmen und reichen Mannes machte. Nach einiger Zeit kaufte er ein Gut in Westphalen und bezahlte mit Schecks. Mit Güte spielte er den großen Mann, bis an den Tag kam, daß für die Schecks keine Deckung vorhanden war. Jetzt verstand der Baron und suchte Doyer auf anderem Geleise. In Berlin lernte er in einem Rustoverlag eine junge Dame kennen, verlobte sich mit ihr und bewies die Braut und ihre Eltern gründlich aus. Nach geraumer Zeit verstand er auch hier und legte sich auf den Warenmarkt. Als Großgrundbesitzer oder Großkaufmann kaufte er alle möglichen Waren ein, bezahlte mit Schecks auf Berlin, die sofort wieder als wertlos erwiesen, verkaufte die Waren sofort wieder und lebte von dem Erlös einen guten Tag. Zuletzt erstand er in einem Geschäft in der Friedrichstraße 15 Waren. Eine nahm er zur Probe gleich mit. Als er am Sonnabend wiederkam, um den Rest abzuholen, hatte das Geschäft erfahren, daß für seinen Scheck, den er in Zahlung gegeben hatte, keine Deckung vorhanden war, und ließ ihn festnehmen. Jetzt entpuppte sich der Baron als ein 42 Jahre alter aus Erfurt stammender Arbeiter Paul Benzel.

**** Käben ohne Verkäufer.** Von einem neuen Verkaufssystem, das von der „Lippin Brown Inc. New York“, in 100 Käben angewandt wird, berichtet Franz Windt in der „Zeitschrift für Handelswissenschaft“. Angewandt werden kann es natürlich nur auf solche Waren, die sich zur Verpackung in bestimmten Mengen eignen, und deren Preise in einem ganz bestimmten Verhältnis zueinander normiert werden können. Die Waren mit gleichem Verkaufspreis erhalten die gleiche Verpackung, so daß etwa alle Waren mit einem Verkaufspreis von 50 Pf. blau, mit einem Preis von 100 Pf. rot usw. verpackt sind. Der Käufer betritt den Laden durch eine, nur nach innen zuführende Drehtür, nimmt einen bereitstehenden flachen Korb und geht an den verschiedenen Tischen und Regalen vorbei, wo die Waren verpackt ausliegen. Er legt nun selbst alle Pakete, die er mitnehmen will, in den Korb. Beim Verlassen des Raumes muß er beim Kassierer vorbei, der durch einen Blick in den Korb auf Grund der verschiedenfarbigen Verpackung den Gesamtpreis im Nu berechnen kann. Der Kunde hat nun zu zahlen und dann ist ihm in einem Vorrat noch Gelegenheit gegeben, die eingekauften Warenstücke selbst weiter aufzusammeln. Eine Gefahr hat das System allerdings: wenn der Käufer das Warenstück nicht in den Korb legt, sondern in seine Tasche verschwinden läßt, so braucht er es nicht zu bezahlen. Bei hartem Beschluß des Kassiers bedarf es also zwar keines Oerres von Verkaufserlösen mehr, wohl aber eines vielleicht nicht abzulehnen, aber gewissenhaften und aufmerksamen Aufsichtspersonals.

Norddeutscher Lloyd, Bremen

4 1/2 % Anleihe von 1901
Ausgabe neuer Zinscheinbogen.

Die neuen Zinscheinbogen zu den Schuldscheinen obiger Anleihe können gegen Einreichung der Gewerungscheinchen von jetzt ab bei folgenden Stellen erhoben werden:

- | | |
|----------------------------|--|
| in Bremen: | Bank für Handel und Industrie
Filiale Bremen vormals Bernh.
Voelke & Co.,
Bankhaus F. F. Schröder, Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Bremer Bank Filiale der Dresdner Bank,
Deutsche Bank Filiale Bremen,
Direction der Disconto-Gesellschaft
Filiale Bremen,
Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien, |
| in Berlin: | Bankhaus S. Bleichröder,
Bank für Handel und Industrie,
Berliner Handels-Gesellschaft,
Deutsche Bank,
Direction der Disconto-Gesellschaft,
Dresdner Bank,
Nationalbank für Deutschland Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Preussische Staatsbank (Seehandlung), |
| in Dresden: | Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Abteilung Dresden,
Bank für Handel und Industrie
Filiale Dresden,
Deutsche Bank Filiale Dresden,
Dresdner Bank, |
| in Eiberfeld: | Bank für Handel und Industrie
Filiale Eiberfeld,
Berlisch-Märkische Bank Filiale
der Deutschen Bank, |
| in Frankfurt a. M.: | Deutsche Bank Filiale Frankfurt
a. M.,
Direction der Disconto Gesellschaft
Filiale Frankfurt a. M.,
Dresdner Bank in Frankfurt a. M.,
Filiale der Bank für Handel und
Industrie, |
| in Hamburg: | Bank für Handel und Industrie
Filiale Hamburg,
Bankhaus U. Behrens & Söhne,
Deutsche Bank Filiale Hamburg,
Dresdner Bank in Hamburg. |

Die Gewerungscheinchen sind mit einem nach der Serien- und Nummernfolge geordneten Verzeichnis innerhalb der bei jeder Stelle obigen Verzeichnisse einzureichen. Formulare sind hierzu bei den genannten Stellen erhältlich.

Bremen, 10. Juni 1901.

Norddeutscher Lloyd.

Der gute Alexander

-schuh in Preis und Qualität
unerreicht.

Schuhhaus Alexander
jetzt nur Dresden-N., Hauptstraße 22.

Durchgreifende

Entlastung

aller privaten, kommunalen und staatlichen

Großbetriebe

von zeitraubender und kostspieliger Arbeit
bietet die Verwendung der schreibenden

Addier- u. Subtrahier-Maschine „Continental“

für Hand- und elektr. Betrieb, mit sichtbarem
Zählwerk, Kolonnenschreibvorrichtung und
breitem Wagen z. Beschreiben v. Formularen.
Die Maschine hat sich in zahlreichen Banken,
Sparkassen, Abrechnungs- u. Kontrollstellen,
Lohn- u. Kalkulationsbüros usw. glänz. bewährt.

Man verlange Prospekt u. Auskünfte über Verwendung.

WANDERER-WERKE A.-G.

Schönau bei Chemnitz

Verkauf durch Hermann Marten, Dresden-A. 16, Hindenburgstraße 5.

Döbeln's Benzin Seifenpulver
Hausfrau, waschfest, großer Tag,
Bis vor kurzem noch 'ne Plag'
Doch jetzt wieder kinderleicht
Und warum so schnell erreicht?
Weil von Schmidt in Döbeln ja
Die guten Seifen wieder da!

Vorzügliche milde schäumende Handwaschseife mit anhaltendem Weichengrund

Schmidt's Döbeln's Benzin Seifenpulver
Wash- und Bleichmittel
Wird in allen Haushalten und in allen Geschäften
Wieder in allen einschläg. Geschäften.

Vertreter: Emil Moritz, Tschackstraße 15. — Telephon 28641.